Unterstützung der Aufnahmegemeinden für Menschen auf der Flucht in den Grenzregionen von Kolumbien, Ecuador und Peru (SI FRONTERA)

Kontext

Aufgrund der humanitären, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise in Venezuela haben zwischen 2017 und Februar 2021 **mehr als 5 Millionen Menschen** (ca. 16% der Gesamtbevölkerung) ihr Land verlassen. Ungefähr 4 Millionen blieben in Südamerika. Es gibt keine andere Region weltweit, die in so kurzer Zeit so viele Menschen auf der Flucht aufgenommen hat. Diese Situation hat starke Auswirkungen auf die Hauptaufnahmeländer Kolumbien, Ecuador und Peru.

Die aufnehmenden Gemeinden befinden sich neben den Hauptstädten oftmals in entlegenen Grenzregionen mit schwierigen Rahmenbedingungen und einer größtenteils bedürftigen Bevölkerung. Die **schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** in Kombination mit einem **fehlenden Zugang zu sozialen, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und Dienstleistungen** sowie begrenztem Zugang zu anderen Rechten und Schutzmechanismen führen zu gesellschaftlichen Spannungen und einer steigenden sozialen Unsicherheit.

In den drei Grenzregionen gibt es kriminelle Gruppierungen, die vor allem Drogen- und Menschenhandel sowie illegalen Bergbau betreiben.

Vor allem Frauen, Mädchen und Kinder, sind besonderes häufig Opfer von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung.

Situation in Kolumbien

In Kolumbien befinden sich laut offizieller Zahlen circa **1,73 Millionen Menschen, die aus Venezuela geflüchtet sind**. Zusätzlich sind 600.000 Kolumbianer/-innen aus Venezuela in ihr Heimatland geflüchtet. Ungefähr 44% der Venezolaner/-innen haben eine temporäre Aufenthaltserlaubnis. Bevor die Grenzen aufgrund der COVID-19-Pandemie im März 2020 geschlossen wurden, überschritten täglich rund 45.000 Personen die Grenze zwischen Venezuela und Kolumbien. Eine beträchtliche Zahl an Personen überquert die Grenze über irreguläre Wege auf der Suche nach medizinischer Versorgung, Lebensmitteln und Arbeit und Schutz vor Verfolgung und Kriminalität in Venezuela.

Situation in Ecuador

Die Ankunft von Venezolaner/-innen in Ecuador ist nicht die einzige Migrationsbewegung. Ecuador ist seit langem ein Aufnahmeland und beherbergt offiziellen Angaben zufolge **mehr als 70.000 anerkannte Flüchtlinge** (die höchste Zahl in Lateinamerika) und **mehr als 240.000 Kolumbianer/-innen, die internationalem Schutz** bedürfen. Offiziellen Angaben zufolge halten sich **circa 420.000 geflüchtete Venezolaner/-innen** in Ecuador auf, viele von ihnen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus. Seitdem ein humanitäres Visum zur Einreise für Menschen aus Venezuela verlangt wird, steigt die Zahl illegaler Grenzüberquerungen, und damit steigen auch die Risiken für die Menschen auf der Flucht selbst.

Situation in Peru

In Peru liegt die offizielle Zahl **venezolanischer Menschen auf der Flucht** bei **circa 1,04 Millionen**, obwohl es ein ständiges irreguläres Einreisegeschehen über die nördliche Grenze gibt. Andererseits führt die derzeitige Situation der COVID-19 Pandemie bei den venezolanischen Menschen auf der Flucht zu einem erhöhten Risiko im Hinblick auf Ernährungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit und fehlendem Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem. Darüber hinaus sind die **Asylantragszahlen auf mehr als 496.095 gestiegen**, von denen weniger als 1% bewilligt wurden.

Formalisierung der Registrierung von Menschen auf der Flucht in Lima, Peru

Panorama

COVID-19 verschärft die humanitäre Krise weiter. Alles deutet darauf hin, dass sich die bereits zuvor prekäre Lage in den Aufnahmegemeinden weiter verschärfen wird. Der **Bedarf an Leistungen der Regularisierung, Grundversorgung, einkommensschaffender Maßnahmen, der Beschäftigungsförderung und des Zugangs zu schützenden Einrichtungen** sowohl für Menschen auf der Flucht als auch für die lokale Bevölkerung wird in den kommenden Jahren zunehmen.

Foto: © GIZ

Angesichts dieser Situation hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Umsetzung des Programms "Unterstützung von Aufnahmegemeinden für Menschen auf der Flucht in den Grenzregionen von Kolumbien, Ecuador und Peru (SI Frontera)" in Auftrag gegeben, das im Rahmen der BMZ-Sonderinitiative "Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren" umgesetzt wird.

SI FRONTERA arbeitet an der Schnittstelle zwischen **humanitärer Hilfe** (aufgrund der COVID-19-Pandemie wurden Notfallmaßnahmen im Kontext dieser Krise in einige Aktionslinien einbezogen) und langfristiger Entwicklung, d. h. **Übergangshilfe mit Schwerpunkt auf sozioökonomischer Integration, Zugang zu Rechten und Schutzmechanismen**.

Übergabe humanitärer Hilfe als Antwort auf die COVID-19-

Ziel

Staatliche und zivilgesellschaftliche Beteiligte in den Grenzregionen und entlang der Migrationsrouten Kolumbiens, Ecuadors und Perus **bewältigen die Integration der zahlreichen Menschen auf der Flucht** aus Venezuela und Kolumbien, auch mit Hinblick auf die Arbeitsmarktintegration und Einkommensschaffung.

Das Programm wird aus Mitteln des EU-Instruments für Stabilität und Frieden *(Instrument contributing to Stability and Peace – IcSP)* in Höhe von 10.000.000 EUR (5.100.000 EUR für Kolumbien, 2.200.000 EUR für Ecuador, 2.700.000 EUR für Peru) im Rahmen des "Regionalen Europäischen Programms für Migration und Zuflucht" kofinanziert. In Ecuador setzt SI FRONTERA zusammen mit der spanischen Agentur für internationale Zusammenarbeit (AECID) und den Vereinten Nationen das Programm " Peace and Development Project for the Northern Border" um, das ebenfalls mit 10.000.000 EUR von der Europäischen Union finanziert wird.

Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Beitrag Deutschlands (+ Kofinanzierung der Europäischen Union)	Insgesamt: 41.100.000 EUR (einschließlich 6.100.000 EUR COVID-19 Sondermittel und EU-Mittel: 20.000.000 EUR)
	Kolumbien: 12.200.000 EUR (einschließlich 3.200.000 EUR COVID-19 Sondermittel) (plus Europäische Union: 5.100.000 EUR)
	Ecuador 6.100.000 EUR (einschließlich 1.100.000 EUR COVID-19 Sondermittel) (plus Europäische Union: 12.200.000 EUR)
	Peru: 2.800.000 EUR (einschließlich 1.800.000 EUR COVID-19 Sondermittel) (plus Europäische Union: 2.700.000 EUR)
Partner	Präsidialagentur für Internationale Zusammenarbeit, Außenministerium (Kolumbien)
	Vizeministerium für menschliche Mobilität des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und menschliche Mobilität (Ecuador)
	Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, Generaldirektion wirtschaftlicher Angelegenheiten (Peru)
Gesamtlaufzeit:	Oktober 2018 – September 2023

In Kolumbien

Kontext

Bis Dezember2020 hat Kolumbien ca. 1,73 Millionen Menschen auf der Flucht aus Venezuela aufgenommen. 94% kommen über die Region Norte de Santander ins Land, die nach wie vor die Hauptgebiete des illegalen Drogenanbaus in Kolumbien beherbergt. Aus diesem Grund gibt es dort ebenfalls eine **große Anzahl binnenvertriebener Kolumbianer/-innen**, die unter prekären Bedingungen leben. **Norte de Santander hat die zweithöchste Zahl von Menschen auf der Flucht aus Venezuela (11%)** nach der Hauptstadt Bogotá (20%) aufgenommen. **In Cúcuta**, der Hauptstadt der Region Norte de Santander, **machen Menschen auf der Flucht 14% der Bevölkerung aus**. Dies führt zu einer starken Überlastung der lokalen Bildungs-, Gesundheits- und Erstaufnahmeeinrichtungen. Fremdenfeindliche Tendenzen nehmen zu. Die Situation wurde durch die COVID-19-Pandemie noch weiter verschärft.

Fahrplan

Das Programm SI FRONTERA unterstützt die kolumbianischen Aufnahmegemeinden bei der Integration der aus Venezuela stammenden Menschen auf der Flucht. Nach dem Grundsatz "*Do no harm*", gibt es keine Unterscheidung von Personen, die die Unterstützung erhalten können. Das heißt, es wird nicht unterschieden, ob es sich um aus Venezuela geflüchtete Venezolaner/-innen oder Kolumbianer/-innen oder schutzbedürftige Personen der Aufnahmegemeinden handelt.

1. Migrationsgouvernance:

Umsetzung innovativer und sozial verträglicher Lösungen zur

Foto: © GIZ

besseren Betreuung der hohen Anzahl von Menschen auf der Flucht aus Venezuela auf lokaler Ebene.

2. Sozioökonomische Integration:
Förderung der formellen Beschäftigung in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und Einkommensverbesserung (einschl. Leistungen zur Abschwächung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandeie). Erstaufnahme, Gesundheitsversorgung (einschl. Beiträge zur COVID-19-Diagnostik und -Behandlung), psychosoziale Unterstützung, Bildungsmaßnahmen, Beratung für einen geregelten Aufenthaltsstatus.

3. Förderung des friedliches Zusammenlebens:
Gemeinsame Aktivitäten in den Aufnahmegemeinden für ein friedliches Zusammenleben und zur Konflikttransformation; Unterstützung von Familien, die Menschen auf der Flucht aufnehmen; Förderung von Toleranz, Gewaltlosigkeit und Sichtbarmachung des positiven Beitrags von Menschen auf der Flucht für die kolumbianische Gesellschaft.

4. Schutz von Opfern von Gewalt, Menschenhandel und Ausbeutung:
Maßnahmen zur Verbesserung der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Schutzangebote: Ausstattung von Zentren für Schutz und Prävention, Rechtsberatung, Kampagnen gegen Gewalt, Menschenhandel/-schmuggel und (sexuelle) Ausbeutung.

In Ecuador

Kontext

In Ecuador sind Menschen auf der Flucht auf ihrer Route Marginalisierung und Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Ihre Integration in die ecuadorianische Gesellschaft hängt in hohem Maße von der **Regulierung ihres Einwanderungsstatus, dem Zugang zu Grundversorgung und dem Arbeitsmarkt** ab.

Viele der Aufnahmegemeinden, vor allem in der Region an der Grenze zu Kolumbien, aber auch entlang der Migrationsroute nach Süden, verzeichnen hohe Armutsraten. Hier werden selbst die Grundbedürfnisse der lokalen Bevölkerung nicht gedeckt. Die Spannungen an diesen Orten nehmen aufgrund der alarmierenden Zahl von Gewalttaten gegen Frauen, Kinder, und Jugendliche, unabhängig vom Migrationsgeschehen zu. Zunehmende Fremdenfeindlichkeit und täglicher Rassismus gegen indigene und afrostämmige Bevölkerungsgruppen behindern das friedliche Zusammenleben in diesen Regionen. Das Organisationsgesetz über menschliche Mobilität schafft neue Verantwortlichkeiten für dezentralisierte autonome Regierungen (GAD). Der Fokus liegt auf Integration, Schutz der Rechte und friedlichem Zusammenleben.

Fahrplan

Das Programm SI FRONTERA konzentriert sich auf die Unterstützung der Aufnahmegemeinden an der nördlichen Grenze Ecuadors und der Gemeinden auf der Transitroute nach Peru in den folgenden Bereichen:

1. Schutz der Menschenrechte:
Das Programm unterstützt die nationale Ombudsbehörde bei der Entwicklung eines neuen Krisenfrühwarnsystems, das drohende Konflikte und Menschenrechtsverletzungen registriert und institutionelle Antworten darauf koordiniert. Relevante Akteure der Staatsverwaltung werden beraten, wie sie sich besser abstimmen und effizienter handeln können. Lokale Behörden werden gestärkt, um insbesondere Kinder und Frauen, Opfer von Gewalt, schnell und wirksam zu schützen.

2. Flucht und Migration:
Das Programm setzt insbesondere Maßnahmen um, die das friedliche Zusammenleben und eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Integration der in den Aufnahmegemeinden lebenden Menschen auf der Flucht fördern, z. B. durch Beratung für einen geregelten Aufenthaltsstatus, psychosoziale Unterstützung, Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt.

3. Lokale Regierungsführung:
Wir beraten Städte und Gemeinden bei ihren Bestrebungen Integration von Geflüchteten und den Schutz anderer vulnerabler Gruppen aktiv zu gestalten, u.a. durch eine partizipative menschenrechtsorientierte Planung, Stärkung lokaler Rechtsschutzstrukturen, und die Verbesserung von Informationen für eine nachhaltige lokale Entwicklung. Ziel ist, dass nationale Politikvorgaben zum Schutz der Menschenrechte auf lokaler Ebene umgesetzt werden.

4. Jugend und Friedenskultur:
Das Programm untestützt junge Menschen dabei, sich politisch zu beteiligen und ihre Zukunft zu gestalten. Berufliche Orientierungs- und Bildungsprogramme werden mit Hilfe von Partnern umgesetzt, um die Perspektiven von jungen Menschen in der Grenzregion zu verbessern. Geschäftsideen werden gefördert, um den wirtschaftlichen Neustart nach der COVID-19-Pandemie zu beschleunigen. SI FRONTERA fördert Orte der Begegnung, Jugendhäuser und nachbarschaftliche Initiativen, und Kampagnen gegen Diskriminierung und Gewalt, um ein friedliches Zusammenleben dauerhaft zu sichern.

Kolumbianisch-ecuadorianische Grenze
© GIZ/E. León

In Peru

Kontext

In Peru leben offiziell circa 1,04 Millionen venezolanische Menschen auf der Flucht. Der größte Teil der Einwanderung findet über die nördliche Grenze mit Ecuador statt. Deshalb lassen sich die Venezolaner/-innen zunächst in Städten wie Tumbes, Chiclayo und Trujillo nieder, bis sie schließlich in Lima und in Puerto del Callao ankommen, wo mehr als 80% der venezolanischen Menschen auf der Flucht leben. **Die Lebensbedingungen in den Gemeinden, die die venezolanischen Menschen auf der Flucht aufnehmen, sind prekär. Die lokale Bevölkerung dort ist selbst schutzbedürftig, und die elementaren Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sind überfüllt**, was Herausforderungen für eine friedliche Koexistenz sind. SI FRONTERA trägt zur Integration venezolanischer Menschen auf der Flucht bei, in dem staatliche Institutionen unterstützt werden, um den Regularisierungprozess zu beschleunigen. Gleichzeitig arbeitet SI FRONTERA mit Einrichtungen der Zivilgesellschaft zusammen, um Schutz, Begleitung, Beratung sowie in erforderlichen Fällen Rechtshilfe schon auf der Migrationsroute zu gewährleisten. All diese Maßnahmen werden von Kampagnen begleitet, die das friedliche Zusammenleben fördern.

Fahrplan

1. Migrationsgouvernance:
Bereitstellung von Informationen, Beratung und Begleitung für venezolanische Menschen auf der Flucht durch Implementierung und Verbesserung der Regularisierungs- sowie Registrierungsprozesse.

2. Sozioökonomische Integration:
Eingliederung der Menschen auf der Flucht in den formellen Arbeitsmarkt und Schaffung von Arbeitsplätzen. Zu diesem Zweck etabliert das Programm strategische Allianzen für die Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen. Ebenso wird die Eingliederung in den Arbeitsmarkt und die Schaffung von Arbeitsplätzen speziell für Frauen technisch begleitet. Außerdem geht es um die Beratung für einen geregelten Aufenthaltsstatus.

3. Förderung friedlichen Zusammenlebens auf Gemeinschafts-ebene:
Förderung von Solidarität und Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung von venezolanischen Menschen auf der Flucht unter Berücksichtigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und damit auch auf die Sichtbarmachung des positiven Beitrags von Menschen auf der Flucht für die peruanische Gesellschaft.

4. Schutz von Opfern von Gewalt, Menschenhandel und Ausbeutung:
Verbesserung des Schutzes für Menschen auf der Flucht, die am stärksten von geschlechtsspezifischer Gewalt, Menschenhandel/-schmuggel und sexueller Ausbeutung bedroht sind. Hierzu werden Unterkünfte ausgestattet und Justizangestellte geschult. Zusätzlich werden Informationskampagnen und Workshops durchgeführt, die in den sozialen Medien übertragen werden.

Veröffentlicht durch

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Niederlassungen sind Bonn und Eschborn, Deutschland

GIZ Büro Bogotá, Colombia
Calle 125 No. 19-24 Of. 502
T +57 1 432 53 50
giz-kolumbien@giz.de
www.giz.de/kolumbien

GIZ Büro Quito, Ecuador
12 de octubre y Baquerizo Moreno Edf. Torre Alianza
T +539 22 3815- 810
giz-ecuador@giz.de
www.giz.de/ecuador

GIZ Büro Lima, Perú
Av. Prolongación Arenales 801, Miraflores
T +511 4229067
giz-peru@giz.de
www.giz.de/peru-pe

Autor*innen

Carsten Schüttel / José Encinas / Julia Unger / Ralf Oetzel / Yessica Cáceres / Lidia Espinosa / Pamela Hartley / Judith Schicklinski

Version

April 2021

Die GIZ ist verantwortlich für den Inhalt dieser Veröffentlichung

In Zusammenarbeit mit

Präsidialagentur für internationale Zusammenarbeit (Kolumbien)

Vizeministerium für Migration, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und menschliche Mobilität (Ecuador)

Außenministerium, Abteilung für wirtschaftliche Angelegenheiten (Peru)

Auftraggeber Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenrbeit und Entwicklung (BMZ)

Anschriften der Niederlassungen des BMZ

Dahlmannstraße 4
53113 Bonn, Germany
T +49(0)22899535-0
F +49(0)22899535-3500

Stresemannstraße 94
10963 Berlin, Germany
T +49(0)30 18 535-0
F +49(0)30 18 535-2501

poststelle@bmz.bund.de www.bmz.de